

trag für den weiteren demokratietheoretischen Diskurs macht. *Zivi* legt eine Analyse des politischen Charakters von Rechten vor, die der Praxis insofern einen hohen Stellenwert beimisst, als sie diese als zentralen Prüfstein für die Erklärungskraft politischer Theorien heranzieht. Denn während *Zivi* eine Rechtfertigung der sprechakttheoretischen Perspektive im ersten Teil schuldig bleibt, scheint die Auseinandersetzung mit den Debatten über gleichgeschlechtliche Ehe und HIV-Prävention diese Rechtfertigung nachzuliefern: Die Sprechakttheorie eröffnet ein Rechte-Verständnis, dessen Plausibilität vor allem daher rührt, dass es mit den beobachtbaren Abläufen realer Politik kompatibel ist. Das Buch zeichnet sich somit nicht nur dadurch aus, dass es eine Perspektive auf die Beziehung von Rechten und Demokratie erarbeitet, die sich von klassischen Ansätzen unterscheidet und dabei eine Sondierung der relevanten Theorienlandschaft vornimmt, die in Teilen über etablierte Lesarten hinausgeht. Es besticht auch besonders durch eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis. Unbehandelt bleibt hingegen die Frage nach der Normativität. Hinter den von *Zivi* kritisierten Theorien steht schließlich der Gedanke, dass Demokratie mit bestimmten normativen Ideen verbunden sein und nicht jede Mehrheitsentscheidung, gleich welchen Inhalts, als legitim gelten sollte. Die Frage, inwiefern ein Verständnis von Rechten als „always unfinished projects“ (115) Konsequenzen für einen solchen normativen Anspruch an Demokratie hat, wird von der Autorin leider nicht thematisiert. Darüber hinaus wünscht man sich bisweilen eine detailliertere Behandlung der für die Argumentation zentralen Theorien. Vor allem die kriti-

sierten „rights-as-trumps“-Ansätze werden zum Teil nur cursorisch dargestellt, was es den mit diesen Theorien nicht vertrauten Lesern erschweren kann, die Argumentationsschritte nachzuvollziehen. Unabhängig davon, dass eine weiter- und tiefergehende Diskussion in den genannten Punkten wünschenswert gewesen wäre, bietet „Making Rights Claims“ zweifelsohne wichtige Anregungen für die kritische Diskussion über das Verhältnis von liberalen Rechten und Demokratie.

Manon Westphal

Politisches System Deutschland

Botsch, Gideon. *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute*. Darmstadt. Wissenschaftliche Buchgesellschaft (WBG) 2012. 158 Seiten. 14,90 €.

Am Ende dieser ausgezeichneten Darstellung zur nationalen Opposition in Deutschland steht ein nüchterner Befund: „Die extreme Rechte hat es nicht verstanden, in der bundesdeutschen Demokratie anzukommen – sie hat keinen adäquaten Umgang mit den Formen gefunden, in denen sich politische Auseinandersetzungen in pluralen Gesellschaften und in parlamentarischen Demokratien abspielen.“ (139) Dass aber die extreme Rechte trotz ihrer nur partiellen Erfolge schon alleine aufgrund der offen gewalttätigen Fraktionen dennoch eine große Herausforderung für die bundesrepublikanische Gesellschaft ist, daran lässt der am Postdamer Moses-Mendelssohn-Zentrum tätige Politologe *Gideon Botsch* keinen Zweifel. Auch für die Entwicklung und Konstituierung der Demokratie in der Bundesrepublik ist dieses politische Lager von

besonderer Bedeutung: „Es waren gerade die Auseinandersetzungen mit den antidemokratischen Bewegungen, an denen die bundesdeutsche Demokratie gewachsen ist und Wurzeln in der zuvor wenig demokratischen deutschen Gesellschaft schlagen konnte.“ (1)

Botsch gliedert seine klar strukturierte und informative Einführung in drei große Blöcke von jeweils zwanzig Jahren, die jeweils entlang der Jahrzehnte in zwei Etappen aufgefächert werden. Resultat dieser plausiblen Periodisierung sind sechs prägnante zeitliche Phasen, welche die Zeiträume 1949 bis 1959 (Herausbildung der extremen Rechten als fundamentaloppositionelle politische Kraft), 1960 bis 1969 (Entstehung und erste Erfolge der NPD), 1970-1979 („Desintegration und Wandel“), 1980-1989 („Zwischen Terror und Wahlkampf“), 1990-1999 („Gewalt und neonazistische Mobilisierung“) sowie 2000-2009 („Die NPD und ihr Milieu“) umfasst. Zuvor klärt *Botsch* die wesentlichen Grundbegriffe seiner Darstellung und nimmt unter der Überschrift „Vom Kaiserreich zum Ende des Nationalsozialismus“ eine stichwortartige Kontextualisierung der historisch-ideologischen Voraussetzungen beziehungsweise der Grundlagen der extremen Rechten vor.

Besonders überzeugend ist die fundierte Darstellung der Akteure in der alten Bundesrepublik Deutschland. Die Angaben etwa zur Sozialistischen Reichspartei (SRP), zur Deutschen Partei (DP) oder zum Bund Deutscher Jugend (BDJ) sind knapp und anschaulich gehalten und liefern einen präzisen Blick auf die Entwicklungslinien der extremen Rechten in der frühen BRD. Die kurzen Ausführungen zur wehrhaften Demokratie schärfen die Perspektive für die bundespolitische Bedeutung

dieser Akteure, die ex negativo prägend für die Stabilisierung der Nachkriegsdemokratie waren. Ausführlich zitiert *Botsch* zum Beispiel aus dem 1952 veröffentlichten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum SRP-Verbot, indem von einem Verfassungsorgan die erste bedeutende inhaltliche Konkretion der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ vorgenommen wurde. Da *Botsch* einen umfassenden und nicht organisationssoziologisch verengten Begriff seines Untersuchungsgegenstandes hat, schärft er den Blick auch auf die politischen Vorfeldorganisationen jenseits der NPD. Nationalpazifistische beziehungsweise nationalrevolutionäre Gruppierungen, die Anfang der Achtziger Jahre Einfluss auf die junge Partei der Grünen nehmen wollten (und genommen haben), werden ebenso benannt und klassifiziert wie klassisch rechtsextreme Periodika wie „Nation Europa“ oder das NPD-Organ „Deutsche Stimme“. Differenziert widmet sich *Botsch* auch Zeitungsprojekten wie der „Jungen Freiheit“, die er zunächst treffend im Spektrum des Nationalkonservatismus verortet, gleichzeitig aber auch deren Versuche betont, „das Brückenspektrum zu erweitern und die Grenzen des Möglichen weiter nach rechts zu verschieben.“ (115) Gerade diese – im Buch nur kurz skizzierte – „Brückenfunktion“ (ebd.) ist denn auch der Grund, weshalb sich in diesem Umfeld nach wie vor auch Autoren und Aktivist:innen aus der extremen Rechten zu Wort melden können.

Die hier vorgenommene Periodisierung der Entwicklungsphasen des Rechtsextremismus ermöglicht eine konzise Darstellung der großen Linien in der jüngsten Geschichte der deutschen extremen Rechten. Die erste Erfolgswelle

der NPD Ende der sechziger Jahre findet ebenso Beachtung wie die Neuorientierung der NPD unter dem ehemaligen Vorsitzenden Udo Voigt, dessen „Säulenstrategie“ (Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente, Kampf um die Straße) auch heute noch zum Kernarsenal der Partei gehört. Kenntnisreich zitiert *Botsch* aus den Originalschriften der extremen Rechten und vermittelt so ein quellengesättigtes und lebendiges Bild der agitatorischen Praxis und der weltanschaulichen Motive des „nationalen Lagers“. Angesichts der „Zwickauer Terrorzelle“ – die bei *Botsch* bereits ausdrückliche Erwähnung findet – belegen die Ausführungen zum Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik nachdrücklich, wie stark dieses Phänomen zu den verdrängten Kapiteln der jüngsten deutschen Geschichte gehört. Dass *Botsch* vor dem Hintergrund der langjährigen Kooperation zwischen NPD und militanten Neonazis die aktuelle Deklaration einer „seriösen Radikalität“ – so die Losung des derzeit amtierenden NPD-Vorsitzenden Holger Apfel – mit Skepsis begutachtet, kann nicht überraschen. Ohnehin überzeugt die sachliche Darstellung, die weder im alarmistischen Tonfall gehalten ist noch ihren Gegenstand banalisiert.

Botschs Einführung, welche das „nationale Lager“ als „politische Bewegung“ (3) in Form von Parteien oder Aktionsgruppen und „lebensweltliches Milieu“ (3) (Zirkel, Kulturgemeinschaften, Erlebniswelt) begreift, ist aufgrund ihres Kenntnisreichtums und ihrer übersichtlichen Struktur gerade für junge Studentinnen und Studenten eine lohnende Lektüre zum Einstieg in die Thematik. Die dem Fließtext beigefügten Definitionen zum Beispiel zu „Ethnopluralismus“ oder „Die politische

Rechte“ sind ob ihrer Prägnanz sehr überzeugend. Lediglich der Verzicht auf Fußnoten, die eine vertiefende Weiterlektüre ermöglicht hätten, leuchtet nicht ein. Hier wären die Herausgeber der Reihe aufgefordert, in künftigen Auflagen moderate Änderungen des Konzepts vorzunehmen.

Nicht ganz verständlich wird jedoch, warum *Botsch* für den Buchtitel den Begriff „extreme Rechte“ wählt. Die Leserinnen und Leser erfahren, dass dadurch „die „Angebotsseite“ (*supply*) thematisiert“ (2) werden soll. Die extreme Rechte werde in diesem „akteursorientierte[n] Ansatz“ (ebd.) folglich als „kollektiver politischer Akteur“ (ebd.) begriffen. Eine tiefergehende Begründung für diese Begriffswahl erfolgt in der entsprechenden Textpassage nicht. Dass *Botsch* dann im Buch selbst häufig den Terminus „Rechtsextremismus“ verwendet, wirkt so eher inkonsequent. Dass zudem eine kritische Verwendung des Begriffes „Rechtsextremismus“ möglich sein könnte, die nicht eine normative Gleichsetzung von rechts und links intendiert und keinesfalls die Immunität einer ominösen Mitte wider antidemokratische Ideologien der Ungleichwertigkeit behauptet, wird gar nicht erst problematisiert. Auch die naheliegende Frage, warum die mehrfach erforschten signifikant hohen rechtsextremen Einstellungspotenziale (vgl. dazu unter anderem die Leipziger Studie *Die Mitte in der Krise*) in der Bundesrepublik keinen langfristigen und bundespolitisch erfolgreichen politischen Träger gefunden haben und finden, wird nicht explizit gestellt. Unklar bleibt deshalb, warum diese Potenziale nicht etwa von der NPD aktiviert werden können. Der Hinweis auf die Unfähigkeit der extremen Rechten, eine adäquate Antwort auf die Maßgaben mo-

der parlamentarischer Repräsentation zu finden, kann als Erklärung nicht ausreichen. Schließlich stehen diese autoritären Einstellungsmilieus doch dem Pluralismus moderner Demokratien ohnehin eher ablehnend gegenüber. Überraschend bleibt, dass die NPD hier keinen Zugang findet, obwohl sie doch den machtpolitischen Gegenentwurf zur mitunter verhassten deliberativen parlamentarischen Demokratie vorlegen will. Die Diskrepanz zwischen Einstellung und konkretem (Wahl-)verhalten bleibt für die Fachdebatte nach wie vor ein zentrales Thema.

Fragwürdig ist auch, warum *Botsch* auf einen eigenen Abschnitt über die virtuelle Agitation der modernen Nazis verzichtet. Die einflussreiche Internetseite „Altermedia“ („Störtebecker-Netz“) wird lediglich einmal erwähnt. Dabei bietet gerade das Internet der extremen Rechte ein neues Forum zur Vernetzung und Propaganda. Medienwirksame Auftritte wie zum Beispiel die spontanen Demonstrationen der „Unsichtbaren“ sind ohne Internet gar nicht denkbar. Die Strategie der „Freien Netze“ in Bayern und Sachsen wäre jedoch in der jetzigen Form ohne das Internet nicht möglich. Die extreme Rechte, die *Botsch* beschreibt, ist weitgehend die extreme Rechte der Gutenberg-Galaxis mit ihren konventionellen Diskussionszirkeln, Periodika und Papieren. Ein Desiderat fällt zudem auf: Die Rolle der Frauen im modernen Rechtsextremismus wird knapp abgehandelt, obwohl hier bereits mehrere aufschlussreiche Forschungsergebnisse vorliegen.

Einwände dieser Art ändern nichts an dem positiven Gesamturteil, dass die vorliegende Einführung als überaus kompetente Überblicksdarstellung einen hohen Gebrauchswert hat. Zeittafeln,

eine Auswahlbibliographie, ein Personenregister sowie ein Register der erwähnten Organisationen, Verlage und Periodika machen aus „Die extreme Rechte“ zudem ein nützliches Nachschlagewerk, das sich bestens für Hochschulseminare eignet und darüber hinaus auch einer nicht-akademischen Leserschaft kompaktes Basiswissen bietet.

Richard Gebhardt

Sammelrezension

Gast, Hendrik: *Der Bundeskanzler als politischer Führer. Potentiale und Probleme deutscher Regierungschefs aus interdisziplinärer Perspektive.*

Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaft 2011. 396 Seiten. 49,95 €.

Klecha, Stephan: *Bundeskanzler in Deutschland. Grundlagen, Funktionen, Typen.* Opladen u.a. Barbara Budrich 2012. 266 Seiten 24,90 €.

„Does“ politische Führung, im US-amerikanischen Kontext „leadership“, auch im parlamentarischen System der Bundesrepublik „matter“? In der gegenwärtigen Eurowährungskrise, verbunden mit einer entscheidenden finanziellen Rolle Deutschlands auf den zahlreichen Gipfeln, ist viel von Krisenmanagement durch Angela Merkel, damit einer Renaissance der Kanzlerdemokratie die Rede. Im Kontext der europäischen Mehrebenendemokratie wird auch durch den Faktor Zeit der Topos der Chefsache virulent, etwa die Disziplinierung von Kabinett und Fraktion, welche mit europäischen Bedürfnissen begründet wird, etwa mit der Diktion „Scheitert der Euro, scheitert Europa!“ . Dadurch, dass der Bundespräsident im politischen System der